



Unsere Welt



Zehntausende Menschen gingen im Februar für Frieden und Verhandlungen in Berlin auf die Strasse. Quelle: zVg.

Militärische Pattsituation

Krieg ohne Ende?

Der Ukraine-Krieg scheint sich in einen Abnutzungskrieg verwandelt zu haben, bei dem entscheidend ist, welche Seite mehr Waffen und Munition produzieren kann und dabei den längeren Atem hat. Der Westen will Massen an SoldatInnen und ZivilistInnen opfern, um «Russland zu ruinieren». Vernünftiger sind die Friedensinitiativen von Brasilien und China.

Von Tarek Idri

Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien im Ukraine-Krieg scheinen derzeit aussichtslos. Beide Seiten scheinen nicht gewillt zu sein, von ihren Maximalforderung abzulassen. Wer in dieser Situation öffentlich für eine friedliche Lösung, für mehr Diplomatie im Konflikt eintritt, wird bestenfalls für naiv erklärt. Eine Verhandlungslösung sei unmöglich, wird erklärt. Solche Forderungen seien sogar unmoralisch; es gäbe stattdessen die «moralische Pflicht» zur bedingungslosen Unterstützung der Ukraine, wie beispielsweise Daniel Binswanger im Online-Magazin «Republik» behauptet. Zu dieser Unterstützung gehören für ihn «völlig unzweideutig» Waffenlieferungen an die Ukraine.

Nur ganz zaghaft, fast verschämt wagt Binswanger in seinem Artikel die Überlegung in den Raum zu stellen, ob vielleicht kein kompletter ukrainischer Sieg über Russland nötig wäre, ob es auch genügen würde, dass die Ukraine «nicht verliert». Es gebe «einen fundamentalen Unterschied zwischen Nicht-verlieren-Dürfen und Siegen-Müssen». Binswangers Ausführungen sind symptomatisch für eine leichte Verschiebung der öffentlichen Meinung weg von der blinden Ukraine-Solidarität, hin zu ersten Anzeichen, dass Kompromisse nicht mehr kategorisch ausgeschlossen werden. Grund dafür ist, dass nach über einem Jahr Krieg, dessen Ende nicht absehbar ist, wohl erste Zweifel

aufkommen, ob das Siegen-Können der Ukraine, der vollständige Sieg, überhaupt noch realistisch ist.

Wettlauf der Logistik

Die Unsicherheit, ob die Ukraine den Krieg gewinnen kann, drückte kürzlich der hochrangige US-Generalstabschef Mark Milley aus. In einem Interview erklärte Milley, er halte einen Sieg der Ukraine in absehbarer Zeit für unwahrscheinlich. «Ich sage aber nicht, dass es unmöglich wäre», fügte er hinzu. Geht man unparteiisch an die Sachlage heran, muss man zu einem anderen, weniger optimistischen Schluss kommen. Der Ukraine-Krieg droht in einen endlosen Abnutzungskrieg abzugleiten. Der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte jüngst beim Treffen der NATO-KriegsministerInnen in Brüssel, die NATO befinde sich in einem «Wettlauf der Logistik» gegen Russland, da der Krieg in der Ukraine zu einem «aufreibenden Abnutzungskrieg» geworden sei.

Für die westliche Seite ist dieses Szenario jedoch nicht grundsätzlich negativ. Ein solcher Stellvertreterkrieg ist für die USA deutlich günstiger als eine direkte Kriegsbeteiligung. Die Milliarden an Militärhilfe, welche die US-Regierung an die Ukraine abgibt, sind nichts im Vergleich zu den Billionen, welche der Afghanistankrieg verschlungen hat, und sie werden teilweise sogar ausgeglichen durch den Anstieg der US-Rüstungsexporte. Die USA und die restlichen NATO-Länder versorgen die Ukraine «dosiert» mit Waffen, die ein Wei-

terkämpfen im Abnutzungskrieg erlauben, während Russland langsam, aber sicher seine Rüstungsvorräte aufbraucht und irgendwann ruiniert wird, so die Hoffnung der westlichen KriegstreiberInnen.

«Stichwort Verdun»

Was man sich unter einem Abnutzungskrieg vorzustellen hat, verdeutlichte der ehemalige Bundeswehrgeneral Erich Vad in einem Interview mit «Telepolis»: «Wenn ich auf die militärische Lage schaue, dann sehe ich, dass dieser Krieg zu einem Stellungen- und Abnutzungskrieg im Stil des Ersten Weltkriegs geworden ist. Stichwort Verdun. Dort wurde zum ersten Mal die Idee der gegenseitigen Abnutzung vorexerziert, mit Millionen von toten jungen Franzosen und Deutschen, ohne dass das militärisch etwas gebracht hat.» Die Situation im Ukraine-Krieg ähnelt also mittlerweile dem Ersten Weltkrieg in der Schlacht um Verdun. Eine militärische Pattsituation, in der Massen von Menschen geopfert werden – ohne unmittelbaren Sinn und Zweck.

Weder für die Ukraine noch für Russland, und noch weniger für die Bevölkerung beider Staaten, bringt die gegenwärtige Situation Vorteile. Das mutmassliche Kalkül der russischen Seite, durch eine Art Blitzkrieg einen raschen Kollaps der ukrainischen Regierung und Armee und dadurch einen Regime-Change in der Ukraine herbeizuführen, muss wohl als gescheitert betrachtet werden. Die Ukraine konnte aufgrund Fehlentscheidungen Russlands einige Territorien im Nordosten und im Süden zurückzuerobern und dem russischen Militär schmerzhaft personelle Verluste zufügen. Jedoch schafft es auch die Ukraine nicht, aus der gegenwärtigen Pattsituation auszubringen. Die Bevölkerung der Ukraine ist stark geschrumpft durch die Flüchtlingsbewegung in den Westen

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

Appell für den Frieden	2
Humanitäre Hilfe im Donbass	3
Kohle, Kapitalismus und Kriege	4
Kuba ist nicht terroristisch!	5
Diskussion in der Friedensbewegung	6
Globale Aufrüstung steigt an	7
75 Jahre Nakba, 75 Jahre Widerstand	8

Solidarität mit dem sudanesischen Volk

Der Weltfriedensrat (WPC) ist zutiefst besorgt über den seit mehreren Wochen andauernden bewaffneten Konflikt und die Zusammenstösse im Sudan, bei denen Hunderte von unschuldigen Zivilist:innen ihr Leben verloren haben und Tausende verletzt wurden. Der erbitterte Machtkampf zwischen Fraktionen der herrschenden Generäle und zwischen schwer bewaffneten Milizen kann nicht über die Interessen der ausländischen Kräfte hinwegtäuschen, die hinter den Zusammenstössen stehen, darunter imperialistische Mächte und reaktionäre arabische Regimes. Dieser bewaffnete Konflikt hat nichts mit den Bestrebungen des sudanesischen Volkes zu tun, das jahrzehntelang unter diktatorischen Regimes und jetzt unter der Rivalität konkurrierender Fraktionen des Militärs gelitten hat.

Der WPC fordert einen sofortigen Waffenstillstand, den Rückzug der Armeen und Milizen aus den Städten und die Bereitstellung dringender humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung unter Aufsicht der UNO. Die weitere Eskalation wird zu einer explosiven Situation für den Sudan und die gesamte Region führen. Der WPC bringt

seine Solidarität mit dem Volk des Sudan zum Ausdruck, einem armen Volk in einem Land, das extrem reich an natürlichen Ressourcen ist, und begrüsst die friedliebenden Kräfte, insbesondere den Sudanesischen Friedens- und Solidaritätsrat, ein Mitglied des WPC-Sekretariats. Der WPC unterstützt den Kampf des sudanesischen Volkes für Freiheit, Frieden, soziale Gerechtigkeit und tiefgreifende Veränderungen, damit das Volk wirklich Herr über sein Schicksal wird.

Wir unterstützen auch die Forderung, die Verantwortlichen für den Krieg und die Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen gegen das sudanesischen Volk vor Gericht zu stellen. Wir rufen alle friedliebenden Kräfte in der Welt auf, ihre Stimme zu erheben und ihre Solidarität mit dem sudanesischen Volk und den antiimperialistischen, friedliebenden Kräften gegen diesen blutigen Krieg zu verstärken und ihren heldenhaften Kampf für die Erlangung der Macht des Volkes durch die Errichtung einer vollständig demokratischen Zivilregierung zu unterstützen.

Weltfriedensrat

Die Friedensbewegung stärken!

Die internationale politische Lage ist so angespannt wie schon lange nicht mehr. Der Ukraine-Krieg dauert nun schon mehr als ein Jahr an. Der Westen liefert immer mehr Waffen in das Kriegsgebiet, mittlerweile ist sogar von hochgiftiger Uran-Munition die Rede. Die Situation ist auch in der Schweiz beunruhigend: Verschiedene Seiten fordern, dass das Verbot der Weitergabe von Waffen an Drittländer aufgehoben werden oder dass die Schweiz selber Kriegsmaterial an die Ukraine liefern soll.

Angesichts solcher Entwicklungen ist es dringend notwendig, dass wir gemeinsam die Friedensbewegung in der Schweiz stärken und weiter aufbauen. Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, die der Forderung nach Friedensverhandlungen und einem Waffenstillstand im Ukraine-Krieg Gehör verschafft, sich offensiv Waffenlieferungen und Kriegsmaterialexporten entgegenstellt und konsequent auf friedliche Lösungen und Abrüstung beharrt. Die Schweizerische Friedensbewegung SFB plant für die nächsten Monate weitere Kampagnen und Aktionen zu diesem Zweck. Für diesen Kampf für den Frieden, für unsere friedenspolitischen Projekte und Kampagnen sind wir auf Deine Mithilfe und grosszügige Spende angewiesen.

Jetzt spenden mit QR-Code!

Oder über folgendes Konto:
IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Friedensbewegung
Riehentorstrasse 27
Postfach
CH-4001 Basel



Appell für den Frieden

Zeit für Diplomatie

Der «Appell für den Frieden», der von deutschen Friedensaktivist:innen initiiert wurde und von der Schweizerischen Friedensbewegung unterstützt wird, fordert eine diplomatische Lösung des Ukraine-Kriegs. Der Appell erinnert ebenfalls an den Zusammenhang von Krieg und ökologischer Krise und ruft zum raschen Handeln auf. Tausende Menschen haben den Appell bereits unterzeichnet.

Von Klaus Moegling

Der «Appell für den Frieden» schlägt eine diplomatische Verhandlungsiniziativa über das UN-Generalsekretariat vor. Der UN-Generalsekretär ist aufgefordert, endlich die Initiative zu ergreifen und eine hochlegitimierte und hochrangige Verhandlungskommission zu bilden. Hochrangig meint, dass hier zumindest auf der Aussenministerebene Persönlichkeiten in der Kommission enthalten sein sollten. Besonders wichtig wäre es, dass auch Vertreter:innen Chinas, Indiens und Brasiliens, die insbesondere für die Russische Föderation wirtschaftlich und politisch relevant sind, in dieser Kommission unter Leitung des UN-Generalsekretärs mitarbeiten. Hochlegitimiert meint, dass eine grosse Mehrheit der UN-Vollversammlung diese Kommission mit Verhandlungsmacht ausstattet. Die Kommission sollte unter Leitung des UN-Generalsekretärs die ukrainische Regierung und die russische Regierung an den Verhandlungstisch bringen, um einen Waffenstillstand als Voraussetzung

von Friedensverhandlungen und -lösungen zu erreichen. Nationale und transnationale Regierungen sind dringend aufgefordert, sich für eine derartige Verhandlungsiniziativa einzusetzen. Spätestens jetzt ist die Zeit der Diplomatie gekommen. Es besteht die Gefahr, einen «Point of no return» zu erreichen, dessen Eskalationsdynamik von keiner Seite mehr gestoppt werden kann.

Vorgeschichte analysieren

Des Weiteren sind parallel hierzu unter anderem die Politik- und Geschichtswissenschaften, die verantwortlichen Politiker:innen und die mediale Öffentlichkeit aufgefordert, sich unvoreingenommen und mehrperspektivisch mit der Vorgeschichte dieses Krieges zu befassen und zu analysieren, inwieweit auch diplomatische Fehler, aber ebenfalls Interessen westlicher Staaten, Konzerne und Institutionen für das Ausbrechen Russlands aus der internationalen Sicherheitsarchitektur mitverantwortlich waren.

Wer sind die ökonomischen und geopolitischen Gewinner dieses Krie-

ges? Welche Akteure welcher verschiedenen Machtkonstellationen auf der russischen, der ukrainischen, aber auch auf der westlichen Seite hatten ein Interesse daran, den Krieg zu beginnen bzw. zu provozieren? Diese Fragestellungen und Untersuchungsaufträge dürfen keine Relativierung der russischen Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen intendieren, sondern die Aufmerksamkeit und die Handlungsfähigkeit für künftige internationale Krisensituationen verbessern helfen.

Aktiv werden!

Oft stehen die Menschen dem Krieg in der Ukraine hilflos gegenüber. Doch es beginnen zunehmend gesellschaftliche Kräfte, sich gegen den bellizistischen Ton in Politik und Medien zur Wehr zu setzen und – gerade auch zur Unterstützung der Bevölkerung in der Ukraine – wirksame friedenspolitische und diplomatische Initiativen zu fordern. Kundgebungen und Demonstrationen, ein entsprechendes Wählerverhalten und ein friedenspolitisches Engagement in den Parteien sowie die Unterstützung von Friedensappellen an die nationale und internationale Politik sind Möglichkeiten, dem Treiben der Kriegsherren und -frauen nicht untätig gegenüberzustehen.

Prof. Dr. Klaus Moegling (i.R.), Politikwissenschaftler und Soziologe, arbeitet in verschiedenen ökologischen und friedenspolitischen NGOs.



Banksy-Graffiti: Friedenstaube mit kugelsicherer Weste. Quelle: zVg.

Das Töten in der Ukraine muss beendet werden!

Appell für den Frieden

(gerichtet an die deutsche Bundesregierung, an Mitglieder des Deutschen Bundestags, an die österreichische Bundesregierung und an Mitglieder des österreichischen Nationalrats und an den Schweizerischen Bundesrat und das Schweizerische Parlament sowie die interessierten Öffentlichkeiten – auch wenn durch die offizielle Neutralität Österreichs und der Schweiz ein anderer Status gegeben ist.)

Text:

Die weltweiten Kriege und die ständig beschleunigte Hochrüstung stehen der Bewältigung der ökologischen Krise entgegen.

Die Arsenale der Atomkräfte und die über 400 Nuklearreaktoren weltweit sowie die ökologischen Kippunkte der Klima- und anderer ökologischer Katastrophen sowie die internationale Rivalität sind eine ständig zunehmende Gefahr für die Zukunft der Menschheit.

Eine Zukunft der Menschheit wird es nur geben, wenn diese eine friedliche wird. Hierbei geht es sowohl um innergesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Frieden als auch um den Frieden mit der Natur.

Dies erfordert eine internationale Kooperation statt Rivalität und Feindschaft.

Wir warnen, angesichts der Warnungen aus Scharm El Scheich, vor einem erneuten Zeitverlust, den sich die Menschheit nicht mehr leisten kann.

Die laut SIPRI offiziellen 2100 Jahressummen (in US-\$) Weltrüstungsausgaben bedingen einerseits eine Belastung der Ökosphäre mit Verbrennungsabgasen, andererseits eine Ressourcenvernichtung in ebenso existenziell schädlichem Umfang, wodurch u.a. Ressourcen für soziale Programme sowie Bildung und die Bekämpfung von Hungersnöten fehlen.

Der Vertrag zur Deutschen Einheit (2+4-Vertrag) erlegt den USA, Grossbritannien, Frankreich, Russland und Deutschland die Aufgabe auf, sich für eine Weltfriedensordnung einzusetzen, welche die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt. Dies ist der Schlüssel zur Überwindung der Rivalität.

Wir fordern daher von der Bundesregierung im Sinne des 2+4-Vertrags, dass sie sich umgehend und mit dem nötigen diplomatischen Einsatz für eine vom UN-Generalsekretariat getragene hochrangige Verhandlungsiniziativa zur Beendigung des eskalierenden Kriegs in der Ukraine einsetzt. Das gegenseitige Töten und auch die massive

Umweltzerstörung durch den Krieg sind nicht länger von der internationalen Gemeinschaft der Völker hinnehmbar!

- Wir fordern eine konsequente Ökologiepolitik und eine Abkehr vom unkritischen Wachstumsdenken, um mit einem ganzheitlichen Ansatz die existenzielle Bedrohung der Zukunft des Lebens auf der Erde abzuwenden. Dementsprechend müssen auch die durch Militär bedingten Emissionen eines Staates im Inland und Ausland seiner nationalen CO₂-Klimabilanz zugerechnet werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei internationalen Klimaverhandlungen dafür einzusetzen, dass es keine Herausnahme der militärisch bedingten Umweltverschmutzung bei internationalen Klimaverhandlungen mehr geben wird.
- Wir fordern eine über die UN koordinierte internationale Abrüstung statt Aufrüstung. Insbesondere fordern wir ein Ende der Nuklearrüstung, welche die Menschheit nach der Aufkündigung der nuklearen Abrüstungsverträge und gegenseitigen Vernichtungsdrohungen in ihrer Existenz gefährdet. Daher fordern wir auch den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffenverbotvertrag der Vereinten Nationen.
- Es muss jetzt endlich die Zeit der wirkungsvollen diplomatischen Initiativen und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im internationalen Rahmen kommen!

Frieden entsteht nicht durch mehr Krieg! Kriege enden nicht im Frieden!

Nur eine Politik, die ehrlich alle Gefahrenpotentiale zeitnah angeht, kann die Zukunftsgefährdungen abwenden. Wir erwarten von den Regierungen unserer Länder, dass sie sich hier eindeutig positionieren und konsequent im Rahmen internationaler Absprachen handeln!

Unterschreibe den Appell hier:
www.chng.it/N2ggCS5Q



Welche Seite mehr Munition vorrätig hat, wird im Abnutzungskrieg zur entscheidenden Frage. Quelle: zVg.

Krieg ohne Ende?

Fortsetzung von Seite 1

und Osten von 37 Millionen vor dem Krieg auf weniger als 26 Millionen, wodurch das Mobilisierungspotenzial erheblich verringert wurde. Mit der inzwischen neunten Mobilisierung sind die Reserven fast erschöpft.

Die atomare Gefahr

Auch wenn sich der Konflikt momentan kaum von der Stelle bewegt, darf nicht vergessen werden, wie gefährlich eine weitere Verschärfung der Situation sein könnte. In diesen Krieg sind Atomkräfte verwickelt; eine Eskalation könnte einen Atomkrieg provozieren. Erich Vad verdeutlicht, warum man diese Gefahr ernst nehmen muss: «Viele machen es sich da zu leicht, wenn sie sagen, dass eine Atomkraft, wenn sie militärisch keinen Erfolg hat, schon nicht zu Nuklearwaffen greifen wird. Das hätten die US-Amerikaner in Vietnam oder Afghanistan ja auch nicht gemacht. Aber diese Vergleiche hinken, weil die Schwarzmeerregion für Russland etwa die gleiche strategische Bedeutung hat wie die Karibik oder Panama für die Sicherheit der USA oder das Südchinesische Meer oder Taiwan für China. Die Russen können da nicht einfach – wie der Westen in Afghanistan, im Irak, in Syrien oder Libyen – nach Hause gehen und sagen, das ist schlecht gelaufen, wir geben es auf.» Je länger dieser Krieg andauert, desto höher wird

die Gefahr einer Eskalation hin zu einer atomaren Auseinandersetzung und zum Dritten Weltkrieg. Es steigt das Risiko von Zwischenfällen. Beispielsweise könnte es zu einem aktiven Kriegseintritt der NATO kommen, wenn Russland in Polen oder in einem anderen NATO-Staat mit Absicht oder nicht Ziele trifft oder wenn US-Ausbildungstruppen in der Ukraine zu Schaden kommen. Ein anderes Szenario wäre, wenn die Ukraine beginnen würde, systematisch das russische Kernland anzugreifen, und sich Russland gezwungen sieht, mit allen verfügbaren Waffen zurückzuschlagen.

Menschenleben verheizt

In der gegenwärtigen Situation ist das Eintreten für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen «völlig unzweideutig» weder naiv noch unmoralisch. Unsere Friedensforderungen beruhen auf der rationalen Einsicht, dass ein Krieg zwischen den Atomkräften unbedingt verhindert werden muss, da ein solcher Krieg das Potenzial hat, die ganze Menschheit auszulöschen. Unmoralisch ist es hingegen, diesen Krieg als Milchbuechli-Rechnung zu betrachten, bei der es darauf ankommt, möglichst lange Waffen und Munition zu liefern, bis die gegnerische Seite kollabiert. Man hofft darauf, den längeren Atem zu haben, und nimmt derweil kaltblütig in Kauf, dass unzählige Menschenleben verheizt werden.

Es ist genug!

Was es braucht, sind keine Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet, nicht immer mehr Öl ins Feuer, sondern eine mutige, zielstrebige Friedensinitiative von neutralen Staaten, breit unterstützt von den Bevölkerungen aller Nationen. Die brasilianische Regierung unter Lula da Silva hat einen Schritt in diese Richtung gewagt. Vor Kurzem schlug Präsident Lula eine gemeinsame Vermittlung mit China und den Vereinigten Arabischen Emiraten vor, um dem Krieg in der Ukraine zu beenden. Die Idee ist die Schaffung einer Gruppe von Ländern ähnlich der G20, um im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln. «Der russische Präsident Wladimir Putin ergreift nicht die Initiative zum Aufhören, der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski ergreift nicht die Initiative zum Aufhören. Europa und die USA tragen weiterhin zur Fortführung dieses Krieges bei. Wir müssen uns mit ihnen an einen Tisch setzen und ihnen sagen: Es ist genug!», sagte Lula.

Auch China selbst hat mit dem 12-Punkte-Plan einen pragmatischen Vorschlag für Frieden vorgelegt. Im chinesischen Plan heisst es deutlich: «Dialog und Verhandlungen sind die einzige praktikable Lösung für die Ukraine-Krise. Alle Bemühungen, die zu einer friedlichen Beilegung der Krise beitragen, müssen gefördert und unterstützt werden.»



Liane Kilinc im Gespräch. Quelle: zVg.

Humanitäre Hilfe im Donbass

«Wir helfen den falschen Menschen»

Im Interview erklärt Liane Kilinc, Mitgründerin und Vorsitzende des deutschen Vereins «Friedensbrücke – Kriegsofferhilfe», der seit 2015 Hilfstransporte in den Donbass organisiert, dass sie sich verpflichtet fühle, humanitäre Hilfe zu leisten, warum sie derzeit nicht mehr nach Deutschland kann und was sie von den Vorwürfen hält, denen ihr Verein in den deutschen Medien ausgesetzt ist.

Seit 2015 unterstützen Sie mit Ihrem Verein «Friedensbrücke – Kriegsofferhilfe» die Menschen im Donbass. Was hat Sie dazu bewegt?

Liane Kilinc: Zu Beginn waren das der vom Westen inszenierte Maidan-Putsch und dann das Verbrechen im Gewerkschaftshaus von Odessa, das niedergebrannt wurde. Wir sahen, dass dort in der Ukraine der Faschismus wiederauferstanden ist und dass ein Krieg gegen den Donbass geführt wurde. Im Mai 2015 haben wir an der Feier zum Jahrestag des Sieges über den Faschismus in Moskau teilgenommen. Wir waren damals eine kleine Gruppe, und wir meinten, es sei eine gute Gelegenheit, direkt Hilfe vor Ort zu leisten. Wir haben einen Spendenaufruf gestartet und haben dann den ersten Transport in den Donbass durchgeführt. Wir haben in Moskau eingekauft mit den Spendengeldern, vorwiegend Lebensmittel und Hygieneartikel, und brachten das in den Donbass. Unsere Aktion kam in die russische Presse und wir erhielten eine Einladung nach Sankt Petersburg. Während der Zugfahrt haben wir uns überlegt, wie wir das weiter unterstützen können. Wir beschlossen, einen Verein zu gründen. So haben wir angefangen. Das ist spontan entstanden, ohne Ziel. Es war aber schon zu diesem Zeitpunkt klar, dass es auch eine Art Protest gegen unsere Regierung war, dadurch dass wir diesen Menschen halfen. Gegen den Donbass wurden schliesslich auch deutsche Waffen eingesetzt.

Wir haben in den letzten neun Jahren sehr viel gemacht in der Region, wir haben über 800 Projekte durchgeführt. Und das wird uns jetzt alles vorgeworfen. Wir werden kriminalisiert, wir werden politisch verfolgt dafür. Unserem Verein wird die Gemeinnützigkeit aberkannt (wogegen wir Einspruch eingelegt haben). Es wurden Konten vom Verein gekündigt.

Sie können sich momentan nicht in Deutschland aufhalten. Wo befinden Sie sich derzeit?

Als gemeinnütziger Verein sind wir verpflichtet zweimal im Jahr vor Ort, unsere Hilfsprojekte zu prüfen. Das haben wir immer gemacht, ausser einmal wegen den Grenzschiessungen durch die Corona-Massnahmen. Entsprechend sind wir auch dieses Jahr in den Donbass gefahren, um die Hilfe zu prüfen, um den Bedarf zu ermitteln, auch um die Kontakte zu

pflegen. Der Bedarf in den Regionen unserer Hilfsprojekte ändert sich ständig, jetzt ist die Wasserversorgung ein Problem, vorher ging es um Wiederaufbau, darum, Dächer zu reparieren. Auf dem Rückweg erfuhren wir, dass in der deutschen Presse eine Hetzkampagne gegen uns, gegen unseren Verein gestartet wurde. Wir würden Separatisten helfen, ich wäre der Helfer Putins, oder was sie sonst noch alles fabriziert haben. Wir würden den falschen Menschen helfen, aber die UN-Charta sagt ganz klar, humanitäre Hilfe darf niemandem verwehrt werden. In diesen Hetzartikeln wurde mir der Paragraf 140, also die Verherrlichung eines Angriffskrieges, sowie Paragraf 130, die Leugnung von Völkermord, vorgeworfen. Aufgrund dieser Vorfälle, und auch dass ich seit einiger Zeit Schwierigkeiten hatte mit politischer Verfolgung, hat mein komplettes Umfeld gesagt: bleib erst einmal da, wo du bist. Wir sind nach Russland zurückgekehrt und ich bin in Russland geblieben, um zu prüfen, wie die Lage in Deutschland ist, was mir vorgeworfen wird. Es ist zu Anzeigen gekommen. Das ist die Situation bis heute. Ich habe den Aufenthalt in Russland verlängert und muss dann schauen, was die nächsten Monate bringen.

Was wird ihnen vorgeworfen?

Der allererste Vorwurf in einem Presseartikel gegen uns war ein «Z» an einem LKW, ein LKW, der in Rostow am Don, also in Russland, stand. Ein «Z» an einem LKW ist in Russland nicht verboten. Was hat das mit mir oder unserem Verein zu tun? In Deutschland ist das verboten, in Deutschland haben wir aber auch kein «Z» am LKW gehabt. Wir hatten damals in Rostow umgeladen, weil die russischen LKWs in den Kriegsgeländen nicht versichert sind. Da hat jemand auf seinem LKW ein «Z» draufgemacht. Das kann ich ihnen doch nicht verbieten, das können wir doch nicht kontrollieren!

Ein anderer Vorwurf ist, ich habe die Souveränität der Ukraine verletzt, weil unser Verein die humanitäre Hilfe in den Donbass über Russland organisiert hat. Wenn aber unsere Regierung uns vorschreibt, wir haben die Hilfe in den Donbass über Kiew zu leisten und nicht über Moskau, dann ist doch klar, dass die Hilfe bis nach Kiew geht und nicht weiter. Es hat auch seinen Vorteil, dass ich in Russland festsitze: die Hilfe ist ein-

facher zu koordinieren, die Zusammenarbeit hier hat sich verfestigt.

Es ist schlimm, dass Sie sich in Ihrem eigenen Land nicht mehr sicher fühlen können.

Eigentlich kann man das, was mir passiert ist, auch positiv sehen. Die Spendenzahlen haben sich verdoppelt, die Mitgliederzahlen haben sich verdoppelt. Die Hilfe, die wir hier leisten, hat zugenommen. Aber Grund ist auch, dass es nicht viele Vereine gibt, die diese Hilfe machen. Übrigens was ich auch noch sagen muss, wir haben viele Jahre humanitäre Hilfe aus dem Donbass fünfzig Kilometer hinter die Frontlinie in die Westukraine geleistet. Wir haben auch in Kiew geholfen. Es ist mir auch wichtig zu sagen, dass jeder, der Hilfe benötigt, bei uns Anspruch auf Hilfe hat.

Wir machen trotz Verleumdung und Hetze weiter. Es ist wieder direkte Hilfe vor Ort geplant, wir werden als Team in die Dörfer im Donbass fahren und sie mit Hilfsgütern versorgen. Wir helfen übrigens nicht nur im Donbass, sondern auch in Syrien, Jemen, Peru, kürzlich auch in der Türkei nach dem Erdbeben. Und dann behauptet die Presse in Deutschland, wir würden die Hilfe für die Türkei in den Donbass umleiten, zu den russischen Soldaten. Da werden die verrücktesten Dinge behauptet und haarsträubende Geschichten konstruiert...

Hat die politische Verfolgung Ihres Vereins mit dem Ukraine-Krieg 2022 begonnen?

Wir hatten vorher schon Probleme, aber nicht in dieser Form. Wegen den Sanktionen ab 2014 wurden bereits in der Vergangenheit Gelder von unserer Bank gesperrt. Es wurden uns schon immer Steine in den Weg gelegt, aber unseren Verein einfach so verbieten, konnten sie nicht. Mit dem Beginn der Spezialoperation am 24. Februar 2022 haben sich die Bedingungen verändert. Wir wurden kriminalisiert, weil wir jetzt den «Angreifer Russland», die Bösen, die Verbrecher unterstützen würden. Aber in Wirklichkeit unterstützen wir nach wie vor immer noch die gleichen Menschen und die gleichen Dörfer. Wir sind halt unbequeme Augenzeugen, wir sind von Anfang an dabei gewesen, wir wissen, wer auf wen geschossen hat. Wir haben zusammen mit den Leuten im Keller gegessen, wir haben mit ihnen zusammen gelitten. Wir erzählen eine andere Geschichte als die offizielle. Das stört die Regierung in Deutschland.

Quelle und Informationen über Spendemöglichkeiten: www.fbkoo.org

Leserbrief

Nachdenken über den Krieg

Der Krieg in der Ukraine dauert leider bis heute an, und ein Ende ist nicht abzusehen. Die Folge in der Schweiz sind mehr oder weniger tiefe Risse, die quer durch die gesellschaftlichen Schichten gehen, sind doch die Einschätzungen zunehmend zum Teil unterschiedlich. Die Bevölkerung hier verurteilt diesen Krieg aufs Schärfste und unterstützt die Menschen dort mit beeindruckenden Hilfeleistungen. Zehntausende von Flüchtenden haben hier liebevoll Aufnahme gefunden, ein grosser Teil bei Menschen in der hiesigen Zivilbevölkerung.

Dieser schreckliche Krieg mit vielen Toten auf beiden Seiten, Verletzten, Opfern von mutmasslichen Kriegsverbrechen vor allem durch russische Soldaten, tobt nicht weit von unserem Land, und die Ängste in vielen Menschen hier sind zum Teil gross. (Die direkte Flugdistanz von Zürich nach Kiew beträgt 1659 km.)

Viele hier fordern Waffenlieferungen an die ukrainischen Streitkräfte. Im Stände- und Nationalrat wurde ein solcher Vorstoss abgelehnt. Am 24. und 25. Februar 2023, ein Jahr nach Ausbruch des Krieges, fanden in manchen Schweizer Städten und Orten Solidaritätskundgebungen für Ukrainer*innen statt. An diesen nahmen sehr viele Menschen teil. Am 25. Februar fand in Zürich die Demonstration des Bündnisses «Schluss mit Krieg» statt, an welcher bis gegen 500 Leute teilnahmen. Dabei wurde die militärische Offensive Russlands gegen die Ukraine und die zunehmende Eskalation des NATO-Bündnisses hinter der Selenski-Regierung verurteilt. Gefordert wurde ein Nein zu Waffenlieferungen. Auch über diese

Demo wurde medial zum Teil prominent berichtet.

Was mich stört, ja verletzt, ist die Tatsache, dass seit Beginn des Krieges die Rolle der NATO nicht kritisch erwähnt wird. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 bewegte sich die NATO kontinuierlich in Richtung Osten. Um welche Interessen geht es dabei? Natürlich hat jedes Land das Recht, sich der NATO anzuschliessen – oder nicht. Doch ist es da erstaunlich, dass sich Russland unter Wladimir Putin bedroht fühlt? Das rechtfertigt den Überfall Russlands auf die Ukraine keineswegs. Doch die Schwarz-Weiss-Malerei, dort die bösen Russen und hier die Guten im Westen, also die Feind-Freund-Polarisierungen will ich nicht gelten lassen, denn diese fördern durch einseitige und vereinfachende Darstellungen, vor allem in den Medien den Hass, rundherum.

Die Ukraine hat ein Recht, ja die Pflicht sich gegen Russland militärisch zu verteidigen, das tun die Soldat*innen und die Zivilbevölkerung tapfer und erfolgreich. Doch Friedenskräfte, vor allem in Europa, sollten meines Erachtens dazu beitragen, die unheilvolle Situation zu deeskalieren und einen Waffenstillstand sowie Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland zu fordern und zu fördern. Mir ist dabei bewusst, dass dies – angesichts der derzeitigen rundherum vergifteten und schmerzhaften Situation – für alle sehr schwierig ist, sein wird. Differenzierte Betrachtungsweisen könnten hilfreich werden – vielleicht.

Jochi Weil, Zürich

Jahrestagung der SFB

Die Bewegung wächst

Von Tarek Idri

Am 13. Mai trafen sich Friedensbewegte aus allen Teilen der Schweiz im Garten des Basler Restaurants «Torstübli» zur Jahrestagung der Schweizerischen Friedensbewegung SFB. Die Tagung war gut besucht. Das SFB-Sekretariat und die Redaktion von «Unsere Welt» lieferten Bericht über die Aktivitäten des vergangenen Jahrs. Sowohl Sekretariat wie Redaktion blickten dabei auf ein schwieriges, aber sehr erfolgreiches Jahr zurück. Jahresrechnung und Budget wurden angenommen und dem Kassier wurde Decharge erteilt. Der Vorstand und die Revisorinnen wurden wiedergewählt.

Ein wichtiges Thema war die Erhöhung der Mitgliederbeiträge. Der Vorstand der SFB hatte beschlossen, einen Antrag zur Erhöhung der Mitglieder- und der Abobeiträge zu stellen. Die SFB brauche eine solide finanzielle Grundlage, um ihre Kampagnen und Aktionen für Frieden und Abrüstung durchzuführen. Deshalb wurde der Vorschlag gemacht, den regulären Mitgliederbeitrag auf 50 Franken pro Jahr (inklusive UW-Abo) zu erhöhen, wobei der Mitgliederbeitrag für Wenig- und Nichtverdienende 30 Franken beträgt. Zusätzlich soll der Abo-Preis für die «Unsere Welt» moderat auf 20 Franken pro Jahr erhöht werden. Der Antrag wurde mit sehr grosser Mehrheit angenommen.

Eine längere Diskussion wurde über den Antrag einer SFB-Sympathisantin aus Zürich geführt. Sie brachte folgenden Vorschlag: Die

SFB soll mit einem Brief an Bundesrat Cassis dazu beitragen, dass eine UNO-Konvention zur territorialen Integrität der Staaten entsteht. Immer wieder kommt es zu Einmischungen von Staaten in die Angelegenheiten anderer Länder. Die Schweiz könnte, da sie momentan auch im UN-Sicherheitsrat ist, auf eine solche Konvention hinwirken. Grundsätzlich wurde der Antrag positiv aufgenommen. Das Thema war aber für einige Anwesenden zu schwierig, um darüber zu entscheiden. Es wurde beschlossen, dass das Projekt an den SFB-Vorstand zurückgeht.

Zuletzt gab es noch einen Ausblick auf den Weltfriedenstag am 21. September, bei dem wieder Infostände in den verschiedenen Städten geplant sind, aber möglicherweise noch eine Veranstaltung mit Referat und Musik hinzukommen könnte.





Protestaktion beim Kohletagebau im deutschen Lützerath. Quelle: zVg.

Hintergrund

Kohle, Kapitalismus und Kriege

Wir setzen die Serie über die Energieträger mit einem fossilen Brennstoff fort, der der industriellen Revolution und dem Kapitalismus gewaltigen Auftrieb gegeben hat – die Kohle. Die Kohle galt bisher zu Recht als schmutzigster fossiler Brennstoff; nun macht ihr aber das Fracking-Flüssiggas in negativer Hinsicht Konkurrenz.

Von Ueli Schlegel

In der Schweiz war die fossile Kohle (die Stein- und Braunkohle) von 1850 bis 1955 der wichtigste Energieträger. Sie löste im 19. Jahrhundert als Brennmaterial für die Industrie die Holzkohle ab; später verdrängte sie auch Holz- und Braunkohle aus den privaten Haus- und Zentralheizungen.

Die Holzkohle wurde lokal in den Wäldern von Köhlern produziert – meist in kleinen Teams von zwei bis fünf Personen oder als Familienbetriebe (unzählige Ortsnamen mit der Bezeichnung «Cholplatz» oder ähnlich zeugen von diesen Stellen, an denen jedes Jahr wieder Holzkohle in grossen Haufen gebrannt wurde). Der seit dem späten Mittelalter betriebene Stein- und Braunkohleabbau, d.h. der Abbau fossiler Kohle aus den Böden, zentralisierte sich dagegen im Laufe der Zeit immer mehr an Orten mit ergiebigen und leicht abbaubaren Vorkommen. Die sich entwickelnde Industrie verlangte im 19. Jahrhundert nach grösseren Mengen dieses Energieträgers und nach besseren Transportmöglichkeiten. So wurden schon früh Pferdebahnen gebaut; die kohlenbetriebenen Eisenbahnen waren dann ab der Mitte des 19. Jahrhunderts Produkt und Mittel des Kohleabbaus und des Kohletransports zugleich.

In der Schweiz gibt es einige kleine und wenig ergiebige Kohlevorkommen. Bis zum Bau der ersten Eisenbahnen spielte die Kohle daher keine grosse Rolle für die Industrie. Die neuen Transportmöglichkeiten mit der Eisenbahn ermöglichten und verursachten jedoch einen gewaltigen Sprung beim Kohleverbrauch und brachten der kapitalistischen Industrie vorher ungeahnte Entwicklungs-

möglichkeiten. Zugleich verstärkte sich die Abhängigkeit von Staaten, die grosse und preisgünstige Kohlevorkommen hatten.

Das Historische Lexikon der Schweiz schreibt: «Die Geschichte der fossilen Brennstoffe beginnt in der Schweiz mit dem Eisenbahnbau Mitte des 19. Jahrhunderts. Das neu geschaffene Eisenbahnnetz, welches das schweizerische Mittelland über Basel mit den deutschen und französischen Kohlerevieren verband, ermöglichte die Einfuhr grosser Mengen von Steinkohle. Zuvor konnte sich die Schweiz allenfalls auf ihre eigenen, vergleichsweise spärlichen Vorkommen abstützen, die mit wechselhaftem Erfolg ausgebeutet worden waren. Auch Torf mit seinem relativ geringen Heizwert diente vor und während der Einführung der Steinkohle in grösserem Ausmass als Brennstoff. Im luzernischen Wauwilermoos, im St. Galler Rheintal und im Berner Seeland wurden Torflager ausgebeutet. Gegenüber der billigen und energetisch höherwertigen Steinkohle aus Deutschland und Frankreich konnte die einheimische Förderung von fossilen Energieträgern jedoch nicht bestehen. Die Torfstecherei sank auf die Stufe eines lokalen Nebenerwerbs zurück; der einheimische Kohlebergbau verschwand bis 1900 nahezu vollständig.»

Kohle in Kriegszeiten

Sowohl im ersten wie auch im zweiten Weltkrieg war die Versorgung der Schweiz mit Kohle gefährdet. Deshalb wurden früher stillgelegte, wenig ergiebige Bergwerke in beiden Kriegen wieder in Betrieb gesetzt.

Dank der Topografie des Landes konnte die Schweiz jedoch vergleichsweise einfach elektrifiziert werden.

Eine erste Etappe der Stromerzeugung begann etwa 1885. Die Schweiz war damals das am stärksten elektrifizierte Land der Welt. W. I. Lenin, der die Schweiz gut kannte, war fasziniert. Bekannt ist seine Parole «Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes». Die zweite Etappe der schweizerischen Elektrifizierung startete 1918 nach dem ersten Weltkrieg und dauerte bis etwa 1935. Die im internationalen Vergleich weitgehende und schnelle Elektrifizierung der Bahn, der Industrie und des Gewerbes erwies sich als grosser Vorteil für die Schweiz und verringerte die Abhängigkeit von deutschen Kohleimporten im zweiten Weltkrieg massiv, während zum Beispiel Italien stark von diesen Importen abhängig war. Die Kohletransporte von Deutschland nach Italien – meist durch den Gotthardtunnel – waren denn auch während des ganzen Weltkrieges ein Verhandlungs- und Streitthema, sowohl innenpolitisch wie auch zwischen der Schweiz und den faschistischen Achsenmächten und zwischen der Schweiz und den Alliierten. Einmal mehr zeigte sich hier der Einfluss der Energieträger auf die Politik gerade auch in Kriegszeiten.

Kohle und Kolonien

Die laufend verbesserten Transportmöglichkeiten und die allgemeine internationale Arbeitsteilung und Globalisierung führten selbstverständlich auch dazu, dass die industrialisierten Staaten Europas und die USA die schmutzige und gesundheitsschädliche Kohleförderung immer mehr in Billiglohnländer in Asien, Lateinamerika und Afrika auslagerten. Die Schweiz – obschon im Inland-Kohleabbau absolut unbedeutend geworden – entwickelte sich zur «globalen Kohledrehscheibe», wie sie von Public Eye richtig benannt wird. 245 in der Schweiz registrierte Unternehmen bauen Kohle ab oder handeln mit ihr. Sie kontrollieren 40% des weltweiten Kohlehandels. Die Unternehmen – Glencore, Trafigura, Vitol, Gunvor, Mercuria und andere – haben ihre Profite seit dem Beginn der Kriege in der Ukraine massiv gesteigert. Die Kohlepreise sind in dieser Zeit um mehr als das Dreifache angewachsen, angeblich wegen des Krieges (in Tat und Wahrheit ist Russland kein besonders wichtiger Kohleproduzent und Verbraucher, sein Anteil an der weltweiten Produktion liegt bei gut 5%). Die in der Schweiz angesiedelten Kohleunternehmen sind – wie bei so grossen Handelsvolumen und -risiken nicht anders zu erwarten – in zahlreiche Korruptions-, Marktäuschungs-, Marktbeeinflussungs- und Bestechungsskandale verwickelt.

Kohle im Vergleich

Ökologisch gesehen ist die Verbrennung von Kohle eine Katastrophe. Der CO₂-Ausstoss beträgt bei Kohle (je nach Art) 440 bis 680 Gramm pro Kilowattstunde Endenergie (Heizenergie), während er bei Holz und Solarenergie um 20 bis 35g pro kWh Endenergie liegt. Wenn Kohle zur Stromerzeugung verwendet wird, liegen die Werte noch höher.

Auch der Feinstaubausstoss der Kohle ist beträchtlich. Zudem werden bei der Verbrennung Schwefeldioxyde freigesetzt, die für den «sauren Regen» verantwortlich sind und der Vegetation und der Bausubstanz schaden, sowie gesundheitsschädigende Schwermetalle wie Arsen und Quecksilber.

Bemerkenswert ist jedoch, dass das beispielsweise von der momentanen Regierung Deutschlands geförderte Flüssigerdgas – vor allem wenn es sich um mit Frackingmethoden abgebautes Gas handelt – ökologisch ebenso schlecht abschneidet wie Kohle. Dabei spielt neben dem grossen Aufwand für das Fracking, den Transport und die Lagerung des Flüssigerdgases auch das giftige Abfallprodukt Methan eine wichtige Rolle.

Dass die deutsche Energiepolitik (durch Ausbau der Flüssigerdgas-Infrastruktur und weitere Unterstützung der Kohleförderung) weniger «Russland ruiniert», wie die Aussenministerin Baerbock das wünscht, sondern eher Deutschland selbst – ökologisch und ökonomisch – bleibt in der deutschen Diskussion oft aussen vor.

Bei der Produktion und beim Verbrauch von Kohle fällt der grosse Anteil Chinas, aber auch anderer asiatischer Staaten auf, die die Koh-

le hauptsächlich für die Stromerzeugung verwenden.

China stellt mit grosser Geschwindigkeit und gigantischen Zuwachsraten laufend auf Sonne, Wasser und Wind um, abgesehen davon, dass die chinesischen Kohlekraftwerke schon heute einen besseren Wirkungsgrad als die veralteten US-Kraftwerke haben. Es ist anzunehmen, dass Indien und Indonesien, die Nummer zwei und drei und weitere asiatische Länder den gleichen Weg einschlagen werden. Die eigentlichen Problemfälle sind daher eher Deutschland, dessen momentane Regierung vor Kurzem beschloss, die letzten Kohlebergwerke erst 2038 statt wie früher vorgesehen im Jahr 2030 stillzulegen, sowie Australien, dessen Bergwerklobby einen massiven Einfluss auf die Politik hat, und die USA mit ihrer maroden Infrastruktur.

Widerstand gegen Kohle

Sowohl der Untertagebau (Bergbau) wie auch der Tagebau von Kohle verursacht gesundheitliche und ökologische Schäden. Während beim Bergbau die Mineure und Knappen in den Zechen oft an Staublungen und anderen Krankheiten leiden, werden beim Tagebau Dörfer abgerissen und ganze Landschaften verwüstet. Beim Bergbau sind die Arbeiter auch immer wieder von lebensgefährlichen Einstürzen und Bränden bedroht. Es ist nicht verwunderlich, dass der Widerstand gegen neue Abbauvorhaben überall auf der Welt zunimmt. Aus Deutschland kennen wir beispielsweise den Protest aus dem Jahr 2018 im Hambacher Forst, wo für Kohle ein Wald gefällt wurde, und den kürzlichen Widerstand in Lützerath.

König Charles III.

Lehnsherr von Julian Assange

Anfang Mai feierte Prinz Charles seine Krönung. Als neu gewählter König wurde der 75-jährige Kraft seines Amtes neu auch zum Lehnsherr des bekanntesten politischen Gefangenen, Julian Assange. Und der schrieb ihm nach den Feierlichkeiten postwendend einen offenen Brief.

Von Alva Noi

Das Bild ging um die Welt. Während der Zeremonie zur Krönung zum König des Vereinigten Königreichs küsste Prinz Charles III. die King-James-Bibel und schwor auf die Treue zu den Glaubensgrundsätzen. Im Buch drin auch die Seligpreisung von Matthäus: «Selig die Barmherzigen, denn sie werden Erbarmen finden.» Und mit diesen Sätzen endet auch ein Brief von Julian Assange an den mit 75 Jahren neu zur Arbeit verdonnerten Lehnsherrn Charles III., den er mit diesem Brief zu sich ins Gefängnis einlud.

Voller Ironie

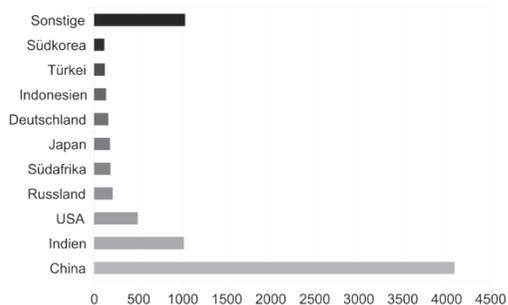
Doch der Reihe nach. Prominenz aus Politik, Business und Show versammelte sich zur Krönung der Royals in London. Unweit der Feierlichkeiten sass Julian Assange isoliert im vierten Jahr seiner Auslieferungshaft in einer Zelle. An seine Majestät König Charles III. schrieb er einen Brief: «... möchte ich Sie herzlich einladen, in ihrem Königreich ein besonderes Königreich zu besuchen: das Gefängnis seiner Majestät in Belmarsh.» Assanges Einladungsbrief war voller Ironie. «Während Ihres Besuches werden Sie die Gelegenheit haben, die kulinarischen Köstlichkeiten zu kosten, die mit einem grosszügigen Budget von zwei Pfund pro Tag zubereitet werden. Geniessen Sie die verschnittenen Thunfischköpfe und undefinierbares, das angeblich aus Huhn hergestellt wird. Und keine Sor-

ge, anders als in weniger bedeutenden Anstalten wie in Alcatraz oder San Quentin gibt es kein gemeinsames Essen in einer Kantine. In Belmarsh speisen die Gefangenen allein in ihren Zellen, was die grösstmögliche Intimität der Mahlzeit gewährleistet.» Neben der Ironie berührte der Brief auch durch das Schicksal anderer Inhaftierter. «Sie werden auch die Gelegenheit haben, meinem verstorbenen Freund Manoel Santos die letzte Ehre zu erweisen, einem schwulen Mann, dem die Abschiebung nach Bolsonaros Brasilien drohte und der sich nur acht Meter von meiner Zelle entfernt mit einem kruden Strick aus seinem Bettlaken das Leben nahm. Seine exquisite Tenorstimme ist nun für immer verstummt.»

Über Julian Assange zu schreiben ist schwierig geworden. Es gibt kaum Neuigkeiten. Der offene Brief an den neuen König wäre eine Möglichkeit gewesen. Die Medienplattform Infosperber nutzte die Möglichkeit am 7. Mai.



Kohleverbrauch weltweit im Jahr 2021, total 7788 Megatonnen



SRF: Unglaubliche Geschichten aus Leutschenbach

Pentagon-Papers und das SRF-Narrativ

Ein Bericht in SRF in der ersten Aprilhälfte dieses Jahres mit dem Titel «Brisante US-Militärgeheimnisse geleakt – das steckt dahinter» liess mich aufhorchen. Da hatte doch jemand Dokumente aus den oberen Etagen der US-Kriegsführung auf die Nachrichtenplattform Discord geladen und so der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Interessante Dokumente, nicht minder interessant jedoch die Reaktion der einzelnen Nachrichtenredaktionen auf das Datenleck und ihrer folgenden Berichterstattung.

Von Alva Noi

SRF berief sich auf US-Medienberichte, die geleakte Dokumente würden Informationen über Waffenlieferungen, Angaben zum Munitionsverbrauch und auch Landkarten mit dem Frontverlauf beinhalten. Analysen und Informationen zu anderen Ländern seien ebenfalls in den Dokumenten enthalten, sowie Truppenstärken und Standorte russischer und ukrainischer Verbände im Kriegsgebiet. Als Quelle gab SRF «US-amerikanische Medien» an.

Die Berichterstattung von SRF unterschied sich nicht wesentlich von jener der deutschen staatlichen Medien wie ZDF und ARD. Hüben wie drüben die gleiche Gewichtung. Richtig interessant wurde es erst, als ich die Berichterstattung mit den Medien in den USA verglich.

Zur Erinnerung: Dort wurde das Leck zuerst publik und löste wohl ein mittleres Erdbeben auf den Europa-Redaktionen aus. So durchpflügte ich also die Berichterstattung von «CNN», der «Washington Post», «De-

mocracy Now», des Magazins «Politico» und der «New York Times». Ein wahrlich gefundenes Fressen für eine Zeitgenossin, die interessiert am Entstehen von Nachrichten während Krisenzeiten ist. Allerdings auch ein Fressen mit einem eher unappetitlichen Hauptgang.

Ganz amerikanisch

Die Berichterstattung von SRF war nicht falsch. Doch sie schloss vieles aus, was ich zum Beispiel auf CNN erfuhr. Und zwar auch Informationen, die nicht ins Narrativ passen dürfen. So war die US-amerikanische Berichterstattung für einmal einiges umfangreicher. Und was zusätzlich über die Redaktionstische zu den Zuhörenden und Lesenden kam, hatte einiges an Brisanz. Auch wenn es – ganz amerikanisch – nicht weiter argumentativ vertieft und verfolgt wurde.

In den Dokumenten sei laut CNN mehrfach belegt, dass die USA verbündete Nationen ausspioniert hätten: Südkorea, Israel und die Ukraine selbst sollen als Opfer in den Dokumenten aufgetaucht sein. Eine

brisante Nachricht, wenn man die Enthüllungen von Snowden nicht vergessen hat. «Obama stoppt Spionage bei Freunden», titelten im Jahre 2014 europäische Postillen, nachdem bekannt wurde, dass die NSA auch vor einer Bundeskanzlerin nicht Halt macht und Merks Handy abgehört hatte. Wo sind wir jetzt? Wäre doch ein Thema: Zurück auf Feld eins!

Unappetitliche Freunde

Im Falle von Südkorea würde es ein kleineres, innenpolitisches Problem bleiben. Südkorea darf anscheinend keine Munition in Krisengebiete liefern. Dem Dokument zufolge wollte die US-Regierung Munition bei den Südkoreanern kaufen und sie dann in die Ukraine liefern. Ein «No-go» für südkoreanische Beamte. Der Vorschlag machte die Runde, die Munition an Polen zu verkaufen und so die internen Bestimmungen zu umgehen. Das kennen wir doch, dieses Problem. Da lese ich also via geleakter amerikanischer Geheimdienst-Dokumente über innenpolitische Auseinandersetzungen in Südkorea. Und hier, in unserem Land, gibt es keine Fragen dazu? Mindestens sind es doch recht unappetitliche Freunde, um beim gefundenen Fressen zu bleiben. Was wissen die US-Geheimdienste über die Auseinandersetzungen hier? Und die wirtschaftlichen Probleme? Hatte nicht eine grosse Bank hier Prob-

leme? So grosse Probleme, dass die Regierung mit Notrecht einschreiten musste? Und die Amerikaner sollen auch da eine Rolle gespielt haben? Ich wünschte mir mehr Fragen aus der Zunft der Journalisten von SRF.

Sofort verhandeln

Gemäss einem geleakten Dokument wurde auch Selenski ausspioniert. Ende Februar soll er vorgeschlagen haben, russische Truppenstationierungsorte im Oblast Rostow mit Drohnen anzugreifen. Wohlverstanden, in Russland! Da stockt einem der Atem.



Blick auf den Hauptsitz von SRF in Zürich, Leutschenbach. Quelle: Wikimedia.

Das wäre ja genau die Eskalation, die in den Talkrunden der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten immer befürchtet wurde. Über dieses Dokument etwas gelesen oder gehört bei SRF? Vielleicht habe ich es übersehen. Immerhin gibt es all jenen Recht, die vor

einer weiteren Eskalation durch erneute Waffenlieferungen warnen. Da wird doch – auch – die Hemmungslosigkeit der ukrainischen Regierung sichtbar, aus einer moralisch überlegenen Situation (weil militärisch angegriffen) den totalen Krieg zu provozieren und nicht auf Friedensverhandlungen umzuschwenken.

Apropos Friedensverhandlungen. Ein weiteres Dokument weist auf die Erfolgchancen der ukrainischen Armee hin, diesen Krieg zu gewinnen. «Der Kampf um die Donbass-Region steuert voraussichtlich auf eine Pattsituation im Laufe des Jahres 2023 zu. (...) Gewinne für die Ukraine werden schwer zu erreichen sein...» Es tritt nun ein, was Mahner von Waffenlieferungen unter dem Gespött ihrer politischen Gegner an den Talkshows zu vertreten versuchten: Der Krieg ist nicht zu gewinnen – verhandeln, und zwar sofort!

Schaue ich also auf die Unterschiede in der Berichterstattung des hier zitierten Senders CNN und jener von SRF, so kann ich in Amerika immerhin die Fakten noch finden, die für mich relevant wären. Die US-Amerikaner spionieren ihre Freunde genau gleich weiter aus wie früher; die Schweiz mit ihren Bankproblemen könnte genauso betroffen sein und müsste ein grosses Interesse nach unüberwachter Kommunikation zwischen Politik und Wirtschaft haben. Und – wenn wir schon beim Fressen sind – wohl am unappetitlichsten: Die Möglichkeit einer Eskalation des Krieges auf russisches Territorium durch die ukrainische Führung scheiterte bis jetzt an deren realen Möglichkeiten. Wenn darüber nicht zu berichten wäre. Für wie dumm verkauft uns eigentlich SRF?



Solidaritätsaktion gegen die Blockade von Kuba in Basel. Quelle: vorwärts.

Imperialistische Massnahmen

Kuba auf der schwarzen Liste

Anfang März 2023 beschloss die US-Regierung Biden, Kuba wieder auf die schwarze Liste der Staaten zu setzen, die den Terrorismus unterstützen. Diese einseitige Massnahme fügt einem Land, das bereits seit Jahrzehnten unter dem kriminellen US-Embargo, auch bekannt als «bloqueo» (Blockade), leidet, weiteren Schaden zu.

Von Stefano Araújo

Unter dem Vorwand, dass sich Vertreter der Nationalen Befreiungsarmee Kolumbiens in Kuba aufhalten würden, einer Bewegung, die von mehreren westlichen Staaten als terroristisch eingestuft wird, hat die US-Regierung, die in die Fussstapfen von Trump getreten ist, beschlossen, Kuba erneut auf diese ominöse «Schwarze Liste» zu setzen. Konkrete Beweise dafür, dass die kubanische Regierung aktiv terroristische Bewegungen unterstützt, gibt es keine. Die Vertreter der Nationalen Befreiungsarmee Kolumbiens befinden sich auf der Karibikinsel, um mit der kolumbianischen Regierung zu verhandeln, die inzwischen von dem Progressiven

Gustavo Petro geführt wird, der Kuba als Land des Friedens bezeichnet hat. Wir haben es in Wirklichkeit also mit einem plumpen Versuch zu tun, die jahrzehntelange Wirtschaftsblockade gegen Kuba mit allen Mitteln zu rechtfertigen.

«Risikobehaftet»

Dieses Vorgehen verschärft die seit Jahrzehnten andauernde Krisensituation auf der Insel weiter. Da Kuba auf der Liste der Unterstützer des Terrorismus steht, werden weitere belastende Massnahmen ergriffen. So wird zum Beispiel die humanitäre Hilfe blockiert; nordamerikanische Unternehmen, die in Aktivitäten involviert sind, die unter dem Embargo erlaubt waren, können nicht mehr mit Kuba

in Kontakt treten; Personen, die die Insel besucht haben oder dort waren, müssen ein schwerfälligeres und aufwändigeres Verfahren durchlaufen, um ein Visum für die Einreise in die Vereinigten Staaten zu erhalten; die Konten vieler Kubaner im Ausland können und werden von internationalen Bankinstituten blockiert, weil sie als «risikobehaftet» angesehen werden; alle Kooperations- und wissenschaftlichen Forschungsprogramme zwischen Kuba und den USA werden blockiert. All diese Massnahmen haben enorme humanitäre und finanzielle Folgen. Und das alles ohne den geringsten Beweis, dass Kuba ein Land ist, das den Terrorismus unterstützt.

Kuba schickt Ärzte, nicht Waffen

Es ist ein blanker Hohn, dass eines der Länder, das am meisten terroristische Gruppen für seine eigenen geopolitischen Ambitionen unterstützt hat – man erinnere sich an den historischen

Fall der Unterstützung der Taliban und Bin-Ladens in einer antisowjetischen Funktion in Afghanistan – nun die kleine Insel beschuldigt, ein Förderer des internationalen Terrorismus zu sein.

Es ist an der Zeit, dass dieses wiederholte Verbrechen des nordamerikanischen Imperialismus angeprangert wird. Es ist Zeit für internationale Aktionen, um Kuba – und auch andere Länder, die nur deshalb auf die schwarze Liste gestellt wurden, weil sie dem US-Regime «feindlich» gegenüberstehen, nämlich Iran, Syrien und Nordkorea – von dieser ominösen Liste zu

entfernen. Wir müssen daran erinnern, dass Kuba keinen Terrorismus exportiert, sondern immer nur Solidarität: Kuba schickt Ärzte, keine Waffen, Kuba schickt Lehrer, keine Bomben. Wir haben dies direkt während der Pandemie mit all den internationalen Brigaden gesehen, die nicht nur Entwicklungsländern, sondern auch hoch industrialisierten Ländern wie Italien auf dem Höhepunkt der Gesundheitskrise Unterstützung brachten.

La versione originale dell'articolo può essere letta in italiano su: www.friedensbewegung.ch/italiano

50 Jahre Vereinigung Schweiz-Cuba – wir feiern!

12. August 2023, ab 10.30 Uhr
Rothushalle Solothurn

Programm:

10.30 Uhr
«Frauen erneuern Havanna», Vortrag von Chris Heidrich, Architektin, Solothurn

11.30 Uhr
Buchvernissage «50 Jahre Vereinigung Schweiz-Cuba»

12.30 Uhr
Kubas Gesundheitssystem und internationale Ärztebrigaden, Podium mit Dr. Franco Cavalli, Onkologe, MediCuba (angefragt)

14.30 Uhr
Podium mit Victor Dedaj, unabhängiger Journalist und Autor

16.15 Uhr
«Die Kraft der Schwachen», Dokumentarfilm von Tobias Kriele

17.30 Uhr
«Medienkrieg gegen Kuba», Podium mit Jorge Jerez Belisario, Journalist, Kuba

ab 20 Uhr
Musik und Tanz
Mit Infotafeln, Fotoausstellung, Kampagne Unblock Cuba, Büchertisch, Produkte aus Kuba, Essen und Trinken

Detaillierte Infos folgen auf: www.cuba-si.ch



Ostermarsch in München, 2023. Quelle: zVg.

Diskussion in der Friedensbewegung

Weder «rechtsoffen» noch naiv

Friedenskräfte in aller Welt, auch in der Schweiz und in Deutschland, werden angesichts des Kriegs in der Ukraine angefeindet und schlechtgeredet. Eine Methode dazu ist die Diffamierung, dass die Friedensbewegung «rechtsoffen» sei und Positionen vertrete, die auch rechte bis rechtsextreme Kreise teilten. Wir dokumentieren im Folgenden ein Thesenpapier der Initiative «Friedenslinks» aus dem Umfeld der deutschen Partei «Die Linke», das sich diesen Vorwürfen stellt.

Das einigende Band der Friedensbewegung ist die Kritik an Militarismus und Krieg. Auf dieser Grundlage bietet sie Raum für Menschen in ihrer je eigenen bunten Vielfalt von Haltungen und/oder Überzeugungen, darunter etwa konservative oder kommunistische, christliche oder atheistische, anarchistische, bürgerlich-liberale, ökologische, pazifistische und viele andere mehr.

Seit ihrer Herausbildung als «moderne» Friedensbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird sie von den Kriegstreibern und Militaristen politisch verfolgt, diffamiert als Vaterlandsverräter, als ferngesteuert oder fünfte Kolonne des gerade aktuellen «Feindes», als naiv, sich der Realität verweigernd, politikunfähig. Die Diffamierung als «rechtsoffen» (darunter auch «Querdenker» oder «Antisemiten») ist jüngerer Datums, aber sie erzielt durchaus Wirkung. Mit ihr setzen wir uns in diesen Thesen auseinander.

1. Die Friedensbewegung als breites gesellschaftliches Bündnis war immer geprägt von einer Vielzahl unterschiedlicher Analysen und Meinungen zu friedenspolitisch relevanten Fragen. Kontroversen – wie aktuell in der Bewertung von Vorgeschichte und Hintergründen des Ukraine-Krieges – stehen aber gemeinsamen, prägnanten Forderungen nicht entgegen.

2. Die Friedensbewegung war schon immer Diffamierungen ausgesetzt. Neu ist gegenüber früher, dass dieses bei uns durch Kräfte aus Organisationen erfolgt, die bisher in der Friedensbewegung verwurzelt waren. Damit werden innerhalb von grossen Mitgliedsorganisationen tiefgehende Widersprüche provoziert, da in ihnen zugleich nach wie vor Menschen aktiv sind, die Stigmatisierung und Ausgrenzung ablehnen. Dasselbe gilt für wichtige Partner der Friedensbewegung, wie Gewerkschaften oder kirchliche Kreise.

3. Der Hintergrund dieser Entwicklung ist der enorme Druck, den die herrschenden Eliten und ihre Medien auf friedensliebende Kräfte jeglicher Art ausüben. Sie engen den Debattenraum auf erschreckende Art und Weise ein und drohen vom Mainstream abweichenden Meinungen mit Strafen und Berufsverboten.

4. Aus Sicht der NATO will und muss der Westen den Krieg in der Ukraine gewinnen. Zu Beginn des Krieges mag das noch anders gewesen sein, aber inzwischen geht es den NATO-Falken und ihrem militärisch-industriellen Komplex um die Aufrechterhaltung ihrer Dominanz in der Welt; sie wollen die (Zeiten-)Wende von einer unipolaren zu einer multipolaren Welt brechen, mindestens jedoch aufhalten. Das begründet ihre Feindschaft und Unversöhnlichkeit gegenüber allen Kräften, die auf Diplomatie, Kompromisse, Abrüstung setzen.

5. In der deutschen Politik hat die Zeitenwende bereits 1999 stattgefunden, als Grüne und die SPD mit Pazifismus und/oder militärischer Zurückhaltung brachen und im Jugoslawienkrieg zu Bellizisten wurden. Der aktuell eskalierende Bellizismus weist zudem Parallelen zur 1914 geschürten Kriegshysterie auf, bei der eine historische belegte Anti-Kriegs-Stimmung in der Bevölkerung von Politik und intellektuellen Eliten umgedreht werden konnte. Bereits damals spielten antirussische Stimmungen eine grosse Rolle. Es war Karl Liebknecht, der dazu mit seinem Aufruf «Der Hauptfeind steht im eigenen Land» eine Gegenbewegung ermuntern konnte.

6. Aktuell werden links und rechts als politische Koordinaten durch eine totalitäre Meinungsmache der politischen «Mitte» demontiert. Mittlerweile gilt als «rechts» nahezu jegliches vom Normativen abweichende Verhalten.

7. Für viele Menschen, die sich in den letzten Jahren (neu) politisiert haben – vor allem durch die Corona-Politik der Bundesregierung und deren Absolutheitsanspruch – erscheint der Begriff links nicht mehr als aufklärerisch, sondern eher als denunziatorisch. «Links» wird zunehmend als Synonym für inhaltsleere Abgrenzung, als Beschimpfung und Beleidigung durch vermeintlich «Rechte» wahrgenommen. Dabei ist rechts die Auffassung, Krieg und Militarisierung seien notwendig und sinnvoll, rechts ist das Denken in Feindbildern, die Meinung, dass unterschiedliche Menschengruppen und Individuen unterschiedliche Wertigkeiten und Rechte hätten, rechts ist autoritär, nach unten tretend und nach oben katzbuckelnd.

8. Wir verstehen uns als Linke in der Friedensbewegung; nicht, um uns von anderen abzugrenzen, vielmehr um uns kenntlich zu machen. Friedenspolitische Grundsätze sind für uns: Antimilitarismus, internationale Solidarität und ein Antifaschismus, der die historischen Umstände, die 1933 zur Machtübergabe an die Nazis geführt haben, zugrunde legt und in ihren heutigen Erscheinungen dechiffriert. In unserem Engagement für den Frieden blicken wir auch auf Besitz- und Machtverhältnisse, auf geostra-

Pentagon-Leaks

Ein Blick hinter die Propaganda

Die «Leaks» zum Ukraine-Krieg, die in den letzten Monaten auftauchten, zeigen, dass das Netz aus Lügen, Propaganda und Verzerrungen immer löchriger wird. Opferzahlen, Nachschubprobleme und Korruptionsfälle werden verheimlicht und vertuscht, um die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Aufrechterhaltung eines nicht zu gewinnenden Krieges zu sichern.

Von Medea Benjamin und Nicolas J. S. Davies

Die erste Reaktion der US-Medien auf das Durchsickern von Geheimdokumenten über den Krieg in der Ukraine bestand darin, zu erklären, dass es hier nichts zu sehen gibt. Sie stellten die Sache als entpolitisierte Kriminalgeschichte über einen 21-jährigen Militärangehörigen dar, der geheime Dokumente veröffentlichte, um seine Freunde zu beeindrucken. Was diese Dokumente jedoch offenbaren, ist, dass der Krieg für die Ukraine schlechter läuft, als die führenden PolitikerInnen uns gegenüber zugegeben haben. Gleichzeitig laufe er auch für Russland schlecht, so dass keine der beiden Seiten die Pattsituation in diesem Jahr durchbrechen könne, was zu einem «langwierigen Krieg über 2023 hinaus» führen wird, wie es in einem der Dokumente heisst.

Ein schrecklicher Fehler

Die Veröffentlichung dieser Dokumente sollte dazu führen, dass wir die US-Regierung erneut auffordern, der Öffentlichkeit offen zu sagen, was sie mit der Verlängerung des Blutvergiessens zu erreichen hofft und warum sie die Wiederaufnahme der vielversprechenden Friedensverhandlungen, die sie im April 2022 blockierte, weiterhin ablehnt. Wir sind der Meinung, dass die Blockade dieser Gespräche ein schrecklicher Fehler war und dass die derzeitige US-Politik diesen Feh-

terische Interessen, wir analysieren soziale Gleichheit bzw. Ungleichheit hierzulande und weltweit. Frieden und Demokratie und Menschenrechte, Frieden und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen gehören für uns zusammen.

9. Wer sich links verortet, sollte dazu stehen. Wer linke Positionen aufgibt, um im Mainstream anzukommen, spielt den Ball denjenigen zu, die rassistische und militaristische Positionen vertreten, aber sich aufgrund ihrer Anhängerschaft oder anderweitiger politischer Opportunität einer strategisch-taktischen Friedensrhetorik bedienen.

10. Wir demonstrieren aus gegebenen Anlässen mit allen Menschen, die ehrlichen Herzens den jeweiligen Aufruf teilen und setzen uns dafür ein, nur solchen Kräften ein Podium zu bieten. Dabei sind wir uns bewusst, dass die Beurteilung der Aufrichtigkeit eher eine Sache des historischen Bewusstseins und der politischen Erfahrung als einer Überprüfung ist.

11. Wir wenden uns entschieden gegen eine «Abgrenzeritis», die ohne Bezug auf eigene friedenspolitische Grundsätze erfolgt. Begriffe wie «rechtsoffen» (auch «Querdenker» als Schimpfwort oder der leichtfertige politische Todesstoss «Antisemitismus») spiegeln nicht linke Denkungsart. Es sind Erfindungen von rechts, um die Bewegung zu spalten. Sie entfalten allerdings ihre Wirkung erst, wenn sie nicht nur «von aussen» den Bewegungen angeheftet werden, sondern sich auf eine «innere Zeu-

genschaft» stützen können. Die wiederum arbeitet häufig mit Lügen wie gefälschten oder aus Zusammenhängen heraus gerissenen Zitaten oder indem sie willkürlich und fälschlich Ereignisse oder Äusserungen einander zuordnet, die nichts miteinander zu tun haben.

12. Wir wollen Organisationen und Parteien nach ihrer Programmatik und nicht nach kritikwürdigen Auftritten einzelner Protagonisten beurteilen. Willkommen sind alle, die ehrlichen Herzens für Frieden eintreten. Wer aber meint, Friedenskundgebungen in rechte Versammlungen ummünzen zu müssen, soll zu Hause bleiben.

13. Wir wollen Einzelpersonen, die als «umstritten» oder «rechtsoffen» dargestellt werden, nach der Gesamtheit ihrer inhaltlichen Aussagen beurteilen und kämpfen hierbei für wahrheitsgemässe Darstellungen. Wir suchen bewusst die Zusammenarbeit mit Kräften, die sich der Friedensfrage «neu» annähern. Wir wollen deren politische Sozialisierung verstehen und mit ihnen argumentative Ansätze für eine offene und ehrliche Diskussion finden.

14. Menschen, die ihre Geschichte nicht kennen, sind dazu verdammt sie zu wiederholen. Das beziehen wir auf Schlüsseljahre der deutschen Geschichte wie 1914 und 1933. Wir selbst sehen deshalb ein entsprechendes historisches Bewusstsein als Schlüsselement unseres aufklärerischen Ansatzes.

Weitere Infos unter:
www.friedenslinks.de

stände die Raketen für die S-300- und BUK-Systeme ausgehen, die 89 Prozent ihrer Luftabwehr ausmachen. Im Mai oder Juni wird die Ukraine daher zum ersten Mal der vollen Stärke der russischen Luftwaffe ausgesetzt sein, die sich bisher hauptsächlich auf Langstreckenraketen und Drohnenangriffe beschränkt hat.

Frühjahrsoffensive?

Die jüngsten Waffenlieferungen des Westens wurden in der Öffentlichkeit mit der Vorhersage gerechtfertigt, dass die Ukraine bald in der Lage sein wird, neue Gegenoffensiven zu starten, um Gebiete von Russland zurückzuerobern. Zwölf Brigaden oder bis zu 60 000 SoldatInnen wurden zusammengestellt, um für diese «Frühjahrsoffensive» auf neu gelieferten westlichen Panzern zu trainieren, wobei drei Brigaden in der Ukraine und neun weitere in Polen, Rumänien und Slowenien stationiert sind. Aus einem durchgesickerten Dokument geht jedoch hervor, dass die neun Brigaden, die im Ausland ausgerüstet und ausgebildet werden, über weniger als die Hälfte ihrer Ausrüstung verfügen und nur schlecht ausgebildet sind. Die Ukraine stand vor der Wahl, entweder Verstärkung nach Bachmut zu schicken oder sich ganz aus der Stadt zurückzuziehen, und sie entschied sich, einen Teil ihrer «Frühjahrsoffensive» zu opfern, um den drohenden Fall von Bachmut zu verhindern.

Seit die USA und die NATO 2015 mit der Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte für den Kampf im Donbass begonnen haben und diese seit der russischen Invasion auch in anderen Ländern ausbilden, bietet die NATO sechsmonatige Ausbildungskurse an, um die ukrainischen Streitkräfte auf den grundlegenden NATO-Standard zu bringen. Auf dieser Grundlage scheint es, dass viele der für die «Frühjahrsoffensive» zusammengestellten Kräfte nicht vor Juli oder August vollständig ausgebildet und ausgerüstet sein würden.

Fortsetzung Seite 7



Globale Militärausgaben (2022). Grafik: demilitarize.org.uk

Globale Aufrüstung

Krieg kostet uns die Erde

Gemäss dem Stockholmer Forschungsinstitut SIPRI sind 2022 weltweit zweitausendzweihundertvierundzwanzig Milliarden US-Dollar in Rüstungsausgaben geflossen.

Von Martin Schwander

Die alljährliche Statistik des SIPRI ist eine Statistik des alljährlichen Grauens: Erneut haben die Rüstungsausgaben weltweit neue Rekordhöhen erstiegen. Allein die Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 3,4% überragt das (nicht erreichte) UN-Klimafinanzierungsziel von 100 Milliarden Dollar um 27 Milliarden. Stärkster Treiber des Anstiegs, so eine Studie des Onlineportals German Foreign Policy (GFP), war die Aufrüstung in Europa, wo die Militär-

ausgaben – massiv beschleunigt durch den Ukraine-Krieg – um gut 13 Prozent in die Höhe schnellten.

Spitzenreiter bei den globalen Militärausgaben bleiben gemäss SIPRI die USA, und zwar mit einem Riesenabstand. 39 Prozent aller Militärausgaben, 877 Milliarden Dollar, gehen auf ihr Konto. Rechnet man die NATO hinzu, stehen Ausgaben von 1,23 Billionen Dollar (55% weltweit) den 292 Milliarden Dollar Chinas oder/und den 86,4 Milliarden Russlands gegenüber.

Der erneute Anstieg der Rüstungsausgaben ist nicht nur Folge des Ukraine-Krieges, wie die SIPRI-Zahlen belegen. Sind Aufwendungen für die Streitkräfte zwischen 2023 und 2022 global um 19 Prozent gestiegen, betrug das Wachstum in Europa 38%, Resultat vor allem einer systematischen Aufrüstung gegen Russland seit 2014, wie GFP unterstreicht. Höhere Steigerungsraten hätten von 2013 bis 2022 aber auch asiatische Staaten ausgewiesen. «Die Tatsache, dass die Aufrüstung langfristig erfolgt, zeigt, dass sie nicht einfach dem Ukraine-Krieg geschuldet, sondern Teil des grossen Machtkampfs der westlichen Staaten gegen Russland und vor allem gegen China ist.»

AHV statt Panzer

Wie auch immer wir diese Zahlen einschätzen, eines ist sicher: Sie sind der absolute Irrsinn. Gerade hat die weltweite Kampagne der «Aktionstage gegen die Rüstungsausgaben» vom 13. April bis zum 9. Mai ihren Abschluss gefunden. Im Appell zu diesen Aktionstagen, die vom Internationalen Friedensbüro koordiniert wurden, hiess es: «Durch Militärausgaben werden Ressourcen von wichtigen Umwelt- und Sozialausgaben abgezogen, einschliesslich Initiativen zur Verlangsamung des Klimawandels, zur Bewältigung von Verlusten und Schäden und zur Reaktion auf Wetterkatastrophen.»

AHV statt Panzer, hiess ein Slogan der ehemaligen POCH. Er liesse sich beliebig erweitern. Beispielsweise um die Hungerbekämpfung. Soll der weltweite Hunger in den nächsten 15 Jahren ausgeradiert werden, bräuchte es gemäss UNO um die 260 Milliarden Dollar im Jahr. Etwas mehr als gerade mal 10% der jährlichen Rüstungsausgaben zur Zerstörung der Welt...

Ein Blick hinter die...

Fortsetzung von Seite 6

Die durchgesickerten Dokumente kommen zu dem Schluss, dass «die anhaltenden ukrainischen Defizite bei der Ausbildung und der Versorgung mit Munition wahrscheinlich den Fortschritt der Offensive belasten und die Zahl der Opfer verschlimmern werden» und dass das Ergebnis wahrscheinlich nur bescheidene Gebietsgewinne bleiben werden.

Spezialkräfte involviert

Die Dokumente zeigen auch ernsthafte Defizite auf russischer Seite auf, die sich in der Tatsache widerspiegeln, dass die Winteroffensive der RussInnen nicht viel Boden gewinnen konnte. Die Kämpfe in Bachmut dauern seit Monaten an und haben auf beiden Seiten Tausende von gefallenen SoldatInnen und eine ausgebrannte Stadt hinterlassen, die noch immer nicht vollständig von Russland kontrolliert wird.

Die Unfähigkeit beider Seiten, die jeweils andere Seite in den Ruinen von Bachmut und anderen Frontstädten im Donbass entscheidend zu besiegen, ist der Grund, warum in einem der wichtigsten Dokumente vorhergesagt wurde, dass der Krieg in einem «zermürbenden Abnutzungskrieg» stecke und «wahrscheinlich auf eine Pattsituation zusteueere».

Noch besorgniserregender ist die Enthüllung in den durchgesickerten Dokumenten über die Anwesenheit von 97 Spezialkräften aus NATO-Ländern, darunter aus Grossbritannien und den USA. Hinzu kommen frühere Berichte über die Anwesenheit von CIA-Personal, Ausbildern und Auftragnehmern des Pentagons sowie die ungeklärte Stationierung von 20 000 SoldatInnen in der Nähe der polnisch-ukrainischen Grenze. In einem zweiten «Leak», das von den Medien eifrig ignoriert wurde, haben US-Geheimdienstquellen

dem bekannten Enthüllungsreporter Seymour Hersh mitgeteilt, dass die CIA davon ausgeht, dass ukrainische Beamte, darunter auch Präsident Selenski, 400 Millionen Dollar veruntreut haben. Diese Gelder wurden der Ukraine von den USA für den Kauf von Treibstoff für den Krieg zur Verfügung gestellt. Mittlerweile würden die ukrainischen Ministerien laut Hersh buchstäblich miteinander konkurrieren, um von den US-SteuerzahlerInnen bezahlte Waffen an private Waffenhändler in Polen, der Tschechischen Republik und auf der ganzen Welt zu verkaufen.

Hersh schreibt, dass CIA-Direktor William Burns im Januar 2023 nach Kiew reiste, um sich mit Selenski zu treffen, nachdem die CIA von ukrainischen Generälen erfahren hatte, dass diese verärgert darüber waren, dass Selenski einen grösseren Anteil an den Gewinnen aus diesen Geschäften erhielt als seine Generäle. Burns teilte Selenski mit, dass er zu viel von den «Abschöpfungsgeldern» einnehme, und übergab ihm eine Liste von 35 Generälen und hochrangigen Beamten, von denen die CIA wusste, dass sie an diesem korrupten System beteiligt waren. Selenski entliess etwa zehn dieser Beamten, änderte aber sein eigenes Verhalten nicht.

Korruption und Bestechung

Das Nachrichtenportal «New Cold War» berichtet aus erster Hand aus der Ukraine und beschreibt die gleiche systematische Korruptionspyramide wie Hersh. Ein Parlamentsabgeordneter, der früher Selenskis Partei angehörte, erzählte «New Cold War», dass Selenski und andere Beamte 170 Millionen Euro von Geldern abgeschöpft haben, die für bulgarische Artilleriegranaten bestimmt waren. Die Korruption erstreckt sich Berichten zufolge auch auf Bestechungsgelder zur Vermeidung der Wehrpflicht.

Dem Telegramm-Kanal «Open Ukraine» wurde von einem Rekrutierungsbüro mitgeteilt, dass es den Sohn eines seiner Autoren für 32 000 Dollar von der Front in Bachmut befreien und aus dem Land schicken könne.

Verzerrte Wahrheit

Wie in Irak, Afghanistan und allen anderen Kriegen, in die die Vereinigten Staaten seit Jahrzehnten verwickelt sind, wird das Netz aus Korruption, Lügen und Verzerrungen immer löchriger, je länger der Krieg andauert. Die Torpedierung der Friedensgespräche, die Sabotage von Nord Stream, das Verstecken von Korruption, die Politisierung der Opferzahlen und die unterdrückten Warnungen über die Gefahr der NATO-Erweiterung sind alles Beispiele dafür, wie die Regierung die Wahrheit verzerrt hat, um die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Aufrechterhaltung eines nicht zu gewinnenden Krieges zu sichern.

Diese geleakten Dokumente und investigativen Berichte sind nicht die ersten und werden auch nicht die letzten sein, die den Schleier der Propaganda durchdringen, der es ermöglicht, dass diese Kriege das Leben junger Menschen an weit entfernten Orten zerstören, damit OligarchInnen in Russland, der Ukraine und den Vereinigten Staaten Reichtum und Macht anhäufen können. Die einzige Möglichkeit, dies zu stoppen, ist, dass immer mehr Menschen aktiv werden und sich den Unternehmen und Einzelpersonen widersetzen, die vom Krieg profitieren, und die PolitikerInnen, die ihnen zuarbeiten, aus dem Amt zu jagen, bevor sie einen noch fataleren Fehltritt begehen und einen Atomkrieg beginnen.

Medea Benjamin und Nicolas J. S. Davies sind AktivistInnen der feministischen Friedensorganisation «Code Pink».

Fragen stellen

Architektur des Krieges

Wie lässt sich der Ukraine-Krieg historisch einordnen? Wie steht es um die gemeinsame russisch-ukrainische Geschichte? In diesem Auszug aus einer Rede von Gabriele Gysi, SchauspielerIn und Autorin aus Deutschland, werden verschiedene Fragen aufgeworfen und Themen angeschnitten, die zum Denken anregen können.

Von Gabriele Gysi



Gabriele Gysi. Quelle: zVg

Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin! Dieser europäische Traum wird durch die NATO in den Müll-eimer der Geschichte geschleudert. Krieg ist wieder gesellschaftsfähig, neuer Lifestyle. Viele Stimmen schreien nach Rache, schreien nach modernsten Waffen, denn es gibt neue hinterhältige Angriffskrieger. Das alles erscheint wie ein Duplikat der US-amerikanischen Gründungsgeschichte.

Die neuen Wilden, die neuen Indianer sind die Russen. Sie müssen besiegt, also vernichtet werden. Dann, nach dem Leben in Reservaten, nach der Umerziehung in unsere westliche Wertegemeinschaft, nach Abschwörung ihrer eigenen Geschichte, unter Führung durch vom Westen akzeptierten Gouverneuren, dürfen die Überlebenden vielleicht wieder in unserer «Regelbasierten Ordnung» mitspielen.

Trauriges Ergebnis

Was war denn geschehen, dass unsere westliche Welt, jetzt wiederum, die russischen Horden, mit Hilfe der erstmals 1991 als unabhängiger Staat entstandenen Ukraine, besiegen muss? Das gemeinsame Leben der Menschen, als russisch-ukrainische Realität innerhalb der Sowjetunion soll es nicht gegeben haben? Warum?

In der Ukraine hatte die 2014 an die Macht geputschte Regierung einen Krieg gegen die eigene, meist russische Bevölkerung im Osten begonnen. Unterschiedliche Auffassungen vom Wirken dieses jungen Staates, wurden durch die Regierung als antirussischer Bürgerkrieg ausgetragen. Die Panzer gegen die Ostukraine kamen aus Kiew. Die NATO unter US-amerikanischer Führung unterstützte nationalistische, einst mit der deutschen Wehrmacht verbundene militante Organisationen und machte damit die Entwicklung eines modernen Vielvölkerstaates unmöglich. Das traurige Ergebnis dieser Politik sehen wir heute.

Warum hat die westliche Wertegemeinschaft das Abkommen zwischen der Ukraine und Russland verhindert? Was sollen diese britischen und amerikanischen Husarenstücke aller Art bewirken ausser Krieg? Jede Bitte um Waffen ist ein Akt der Unterwerfung unter unsere aggressive missionieren-

de Herrschaft, unter die immer neu definierte «Regelbasierte Ordnung», die einen Krieg gegen Russland wünscht.

Erzwungene Gefolgschaft

Die hegemoniale US-amerikanische Sicherheitsarchitektur ist eine Architektur des Krieges. Man zählt seit 1945 über 20 Kriegseinsätze. Zur Zeit gibt es mindestens 800 Militärstützpunkte der US-amerikanischen Armee rund um die Erde. Wird die Welt auf diese Weise sicherer? Die Missionierung unterschiedlicher Nationen und Völker zur Übernahme amerikanischer Lebensmodelle muss unweigerlich in Kriege und Bürgerkriege führen. Hat der ungefähr seit 150 Jahren bestehende US-amerikanische Führungsanspruch in Südamerika dem Kontinent Frieden und Wohlstand gebracht? Haben die Interventionen im Nahen Osten das Leben der Menschen verbessert? Die ständige immer neue Definition von Feinden zwingt die amerikanische Armee immer neue Kriegsschauplätze zu entwickeln. Warum? Die USA den US-Amerikanern. Amerika first für Amerikaner. Die europäische Geschichte mit ihrem Reichtum an Kultur, an Gemeinsamkeiten, aber auch an Konflikten, brauchen und können die USA nicht lösen. Die Welt ist vielfältiger, als der aktionistische Herrschaftsanspruch eines Imperiums in der Lage ist, zu begreifen. Eine einzige Vorstellung vom richtigen Leben kann keine Wirklichkeit spiegeln. Erzwungene Gefolgschaft muss Schrecken verbreiten.

Europa braucht Russland, wie auch immer die Russen ihr Land gestalten. Die ganze europäische Moderne ist ohne Russland undenkbar. Russland ist ein wichtiges Land im Spannungsfeld Europas.

Das Referat wurde auf der Vorfeier des 1. Mai der PdA Basel gehalten.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

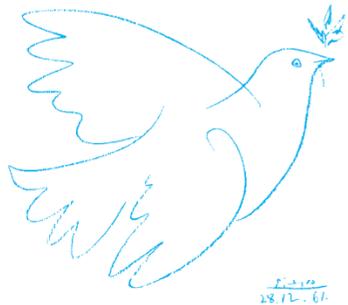
Strasse: _____ Mail: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Fr. 20.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied der Schweizerischen Friedensbewegung SFB werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 50.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel
E-Mail: mail@friedensbewegung.ch
Telefon: 061/681 03 63
Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri, Jonas Jäggi
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Ruedi Moser, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 4 000
Abonnementspreis: mindestens 20 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!



«Nakba 75 – Freiheit für Palästina. Schluss mit der Apartheid. Schluss mit der Besetzung.» Demonstration in der UK, 2023. zVg.

75 Jahre Nakba

Der Widerstand geht weiter

Vor 75 Jahren wurden während der sogenannten Nakba, der Katastrophe, Hunderttausende Palästinenser:innen vom israelischen Militär aus ihrem Land vertrieben, um Platz für zionistische Siedler:innen zu machen. Noch immer dauert die Unterdrückung und Ausgrenzung der Palästinenser:innen an. Ein Bericht des palästinensischen BDS-Komitees.

«Auf dieser Erde gibt es das, wofür es sich zu leben lohnt: Die Zögerlichkeit des Aprils, der Duft des Brotes, (...) der Beginn der Liebe, das Gras auf einem Stein, (...) und die Angst der Eroberer vor den Erinnerungen.» – Mahmoud Darwish

Auch 75 Jahre nach der Zerstörung der palästinensischen Heimat und der ethnischen Säuberung des grössten Teils der einheimischen Bevölkerung Palästinas durch zionistische Milizen und später durch das israelische Militär und trotz der andauernden Nakba, insbesondere der andauernden Massaker in Gaza, gibt es auf dieser Erde vieles, «wofür es sich zu leben lohnt». Das Versprechen auf Freiheit, auf Gerechtigkeit, auf die Rückkehr der Flüchtlinge in ihr Land, auf Selbstbestimmung, auf die Wiedervereinigung unseres Volkes und auf den Geruch von frischem palästinensischem Fladenbrot am schönen Morgen, der nicht durch das Elend der unablässigen Trauer um unsere Märtyrer und das geraubte Land getrübt wird – all das ist es wert, dafür zu leben.

Viele Menschen auf der ganzen Welt sind Zeug:innen des Abschlachtens ganzer Familien im besetzten und belagerten Gazastreifen, einschliesslich der vorsätzlichen Ermordung unserer Kinder im Schlaf, wieder einmal. Vor Wochen wurden sie Zeug:innen des jüngsten israelischen Pogroms durch jüdisch-israelische Milizen gegen Palästinenser:innen in Huwara bei Nablus in den besetzten palästinensischen Gebieten. Viele haben miterlebt, wie der ranghohe israelische Regierungsminister Bezalel Smotrich, ein selbst erklärter «Faschist», zum Staatsterrorismus aufrief, indem er sagte: «Ich denke, Huwara muss ausgelöscht werden. Der Staat sollte das tun.» Viele haben vielleicht die grausame Gewalt gesehen, die wiederholt von israelischen Streitkräften und faschistischen, fundamentalistischen Siedler:innen gegen muslimische und christliche palästinensische

Gläubige und heilige Stätten ausgeübt wurde. Aber viele mögen vergessen, dass Akte des «schrittweisen Völkermords» an Palästinenser:innen, einschliesslich Pogromen, Massakern, Belagerungen und anderen Formen extremer kolonialer Gewalt, so israelisch sind wie die Flagge.

Rassistisch und homophob

Der damalige Vorsitzende der Arbeitspartei, Matan Vilnai, drohte 2008 den Palästinenser:innen mit einem «grösseren Holocaust», falls die Widerstandsgruppen ihre bewaffneten Vergeltungsmassnahmen gegen Israels verbrecherische Belagerung und gewaltsame Angriffe auf den Gazastreifen nicht einstellen würden. Vor Kurzem wurden durch einen Fehler der israelischen Zensoren versehentlich geheime Dokumente enthüllt, in denen Israels erster Premierminister David Ben-Gurion für die «Auslöschung» palästinensischer Dörfer während der Nakba 1948 eintrat und ein Minister seiner ersten Regierung zugab: «Nehmen wir an, dass es in [der ethnisch gesäuberten palästinensischen Stadt] Ramle zu Fällen von Vergewaltigungen kam. Vergewaltigungen kann ich verzeihen, aber andere Taten werde ich nicht verzeihen», wie z. B. das gewaltsame Entfernen von «Schmuck von Frauen». Ben-Gurion, dessen Leitprinzip ein Maximum an Land mit einem Minimum an palästinensischen Araber:innen war, hat die geplante Kampagne der ethnischen Säuberung eines Grossteils der einheimischen Palästinenser:innen angeführt, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von dem derzeitige rechtsextreme israelische Minister für «nationale Sicherheit», Itamar Ben-Gvir, der wegen Unterstützung des Terrorismus verurteilt wurde, nur träumen könnte, dieses auszuführen. Von Ben-Gurion bis Ben-Gvir – die Nakba geht weiter.

Dennoch ist Israels neue rechtsextreme Regierung die rassistischste,

fundamentalistischste, korrupteste, autoritärste, sexistischste und am meisten homophobe, die es je gab. Sie stellt eine Eskalation in Israels andauerndem Regime der kolonialen Unterdrückung der Palästinenser:innen dar, das seit der Gründung Israels als Siedlerkolonie in Palästina besteht. Gleichzeitig stellt sie mit ihren weitreichenden Plänen für rechtliche, soziale und kulturelle «Reformen», die die jüdische israelische Gesellschaft betreffen, einen potenziell unumkehrbaren Bruch mit dem Status quo dar. Die Ratingagentur Moody's hat bereits die Kreditwürdigkeit Israels herabgestuft, infolge monatelanger

wirtschaftlicher Instabilität, beispielloser Umwälzungen im gepriesenen High-Tech-Sektor und zunehmender Kapitalflucht. Dies bedeutet für die Verfechter:innen der palästinensischen Rechte weltweit, insbesondere in der BDS-Bewegung, eine noch dringendere Verantwortung und eine Gelegenheit, die es seit 75 Jahren nicht mehr gegeben hat.

Neue Allianzen

Die antirassistische BDS-Bewegung, die von der grössten palästinensischen Koalition aller Zeiten angeführt wird, ist die effektivste Form der Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf. Nach 75 Jahren Siedlerkolonialismus und Apartheid und gegenüber einer israelischen Regierung, die alle Masken fallen gelassen hat, fordern wir die internationale Anerkennung der Tatsache, dass das israelische Unterdrückungsregime eine Apartheid darstellt, sowie die Beendigung der staatlichen, unternehmerischen und institutionellen Komplizenschaft dabei als Erfüllung der gesetzlichen Pflichten und der moralischen Verpflichtung, keinen Schaden anzurichten. Dies ist eine Voraussetzung für Solidarität, nicht für Wohltätigkeit.

Wir rufen unsere Partner:innen weltweit auf, diese beispiellose Gelegenheit zu nutzen, um die Macht der Menschen zu stärken. Dies erfordert zwei parallele Wege:

1. Die Erweiterung unserer basisorientierten, intersektionellen Koalitionen, um unsere kulturellen, akademischen, sportlichen und wirtschaftlichen Boykott- und Divestment-Kampagnen auszubauen und in der breiten Öffent-

lichkeit, einschliesslich der UNO, die Verpflichtung durchzusetzen, gezielte, rechtmässige Sanktionen zu verhängen, um die israelische Apartheid abzuschaffen, so wie die südafrikanische Apartheid abgeschafft wurde.

2. Die Bildung neuer taktischer Allianzen mit den vielen neuen Kritiker:innen des rechtsextremen israelischen Regimes, mit denen wir vielleicht in vielen Dingen nicht übereinstimmen, ausser in der Notwendigkeit eines bedeutsamen Drucks auf die israelische Regierung. Dazu gehört zumindest die Einschränkung des Handels mit Kriegsmaterial und der Finanzierung des Militärs, das Verbot von Siedlungsgütern und die Desinvestition von «Israel Bonds» und von Unternehmen und Banken, die dieses Regime finanzieren.

Wie der palästinensische Dichter Mahmoud Darwish sagt, ist die Angst der kolonisierenden Eroberer vor den Erinnerungen, den Erinnerungen der enteigneten, vertriebenen und kolonisierten indigenen Völker, auch eine Quelle der Hoffnung. Es erinnert uns in der dunkelsten Stunde ihrer Unterdrückung daran, dass wir trotz ihrer Macht siegen können und werden. Sie sind nicht nur moralisch bankrott; sie fürchten unsere Widerstandsfähigkeit, unseren Widerstand, unsere Standhaftigkeit und unsere fruchtbaren Erinnerungen an ihre koloniale Eroberung und ihr Apartheidregime sowie an die Schönheit, Würde und Liebe, die ihnen vorausgehen und die zweifellos nach dessen Abschaffung kommen werden.

Quelle: Palestinian BDS National Committee (BNC)

Nahostkonflikt

Nakba ohne Ende

Israel feiert 75 Jahre Staatsgründung, während die Palästinenser der Vertreibung und den Massakern, die damals erfolgt sind, gedenken. Der Konflikt und das Bombardement gegen Gaza geht weiter.

Von Jakob Reimann

Die israelische Luftwaffe bombardiert einmal mehr Gaza. Seit Beginn der israelischen Angriffe sind laut Gesundheitsministerium in Gaza Dutzende Menschen gestorben. Auslöser der jüngsten Eskalation war der Tod Khaled Adnans, eines Mitglieds des «Islamischen Dschihad». Er war in der vergangenen Woche nach 87 Tagen Hungerstreik in israelischer Haft gestorben, nachdem die Behörden sich geweigert hatten, ihn in eine Klinik zu verlegen. Als dann in der folgenden Nacht auch noch mehrere palästinensische Führer von der israelischen Armee liquidiert wurden, als sie nach Kairo zu Verhandlungen reisen wollten, brach sich die Verzweiflung Bahn. Nun muss Raketenbeschuss aus Gaza erneut als Rechtfertigung für die israelischen Angriffe herhalten.

Ethnische Säuberung

Unterdessen bereiten sich die Israelis auf das 75. Jubiläum der Gründung ihres Staates vor. Am 14. Mai 1948 hatte David Ben Gurion, der zum ersten israelischen Premierminister wurde,

in Tel Aviv die israelische Unabhängigkeitserklärung verlesen. Am selben Tag endete das britische Mandat über Palästina, und in der darauffolgenden Nacht marschierten die Truppen mehrerer arabischer Staaten gegen den neugegründeten Staat.

Einen Monat vor der Staatsgründung hatten jüdische Milizen am 9. April 1948 das Massaker von Deir Jassin begangen, bei dem 107 palästinensische Bewohner des nahe Jerusalem gelegenen Dorfes getötet wurden. Kurz darauf wurde das Dorf von Israel neu besiedelt. Heute ist es Teil der orthodoxen Siedlung Givat Shaul. Nach Ansicht des israelischen Historikers Ilan Pappé war das Massaker Teil einer geplanten ethnischen Säuberung Palästinas von der arabischen Bevölkerung. Kommandeur des Massakers war der spätere israelische Ministerpräsident Menachem Begin, der die brutale Gewalt der von ihm befehligten Milizen später verteidigte und auch deren zentrale Bedeutung für die Staatsgründung herausstellte: «Das Massaker von Deir Jassin hatte nicht nur seine Berechtigung – ohne den «Sieg» von Deir Jassin hätte es auch

niemals einen Staat Israel gegeben», so Begin, der 1979 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Der damals gestarteten Vertreibungswelle wird auch heute noch als «Nakba» gedacht, arabisch für «Katastrophe».

Regierung mit Faschisten

Die aktuelle Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu gilt als die reteste in der Geschichte des Landes. Das stellt sie gerade auch in ihrem Vorgehen gegen Gaza unter Beweis. Finanzminister Bezalel Smotrich bezeichnet sich selbst als «Faschisten» und forderte im Zuge der Angriffe auf die palästinensische Kleinstadt Huwara im März, das israelische Militär solle «palästinensische Städte mit Helikoptern und Panzern angreifen». Die von der Regierung geplante «Justizreform» gegen die es seit Monaten eine Protestwelle von Israel gibt, wird das Oberste Gericht entmachten und so faktisch die Gewaltenteilung abschaffen. Mehrere ehemalige hochrangige israelische Geheimdienstmitarbeiter warnten daher, Israel befinde sich auf dem Weg in eine «Diktatur».

Quelle: junge Welt

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
15. Mai 2023